

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)**

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Patrick Meinhardt, Uwe Barth, Cornelia Pieper, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 16/12665 –**

#### **Neue Chancen für die berufliche Bildung**

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Priska Hinz (Herborn), Ekin Deligöz, Kai Gehring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/12680 –**

#### **Recht auf Ausbildung umsetzen – Ausbildungssystem reformieren, überbetriebliche Ausbildungsstätten ausbauen und Übergangsmaßnahmen anrechnen**

##### **A. Problem**

Zu Nummer 1

Die Zahl der besetzten Ausbildungsplätze im dualen Berufsausbildungssystem sinkt. Zwar stellen die Ausbildungsbetriebe insgesamt genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung, doch zum einen fehlt den Jugendlichen oftmals die entsprechende Ausbildungsreife und zum anderen sinkt die Zahl der Bewerber durch den demografischen Wandel besonders in den neuen Bundesländern. Weiterhin ist eine Reduzierung des Ausbildungsangebotes durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise besonders in den exportorientierten Industrieunternehmen zu befürchten. Die Sicherung des für Deutschland wichtigen Fachkräftenachwuchses ist dadurch gefährdet.

Zu Nummer 2

Der Wandel der deutschen Berufsausbildungsstruktur und die andauernde Wirtschaftskrise bedingen einen Rückgang des Ausbildungsplatzangebotes. Dadurch wird besonders Altbewerbern und geringer qualifizierten Jugendlichen der Übergang von der schulischen in die berufliche Ausbildung erschwert. Darüber hinaus nehmen zu viele Jugendliche an dem nicht an der realen Berufspraxis orientierten System von Übergangsmaßnahmen teil. Bislang hat einzig die vorübergehend gute Konjunktur ein Absinken der besetzten Ausbildungsplätze verhindert. Die gegensteuernden Maßnahmen der Bundesregierung waren ineffizient.

**B. Lösung**

Zu Nummer 1

Die Bundesregierung wird aufgefordert, das System der beruflichen Bildung an die Herausforderungen der Wirtschaftskrise anzupassen. Bereits die schulische Ausbildung muss evaluiert und besser mit der späteren beruflichen Bildung vernetzt werden. Die stark an der beruflichen Praxis orientierte Duale Ausbildung ist gegenüber der vollzeitschulischen Ausbildung zu bevorzugen und zu fördern. Weiterhin müssen einheitliche Abschlussprüfungen gewährleistet und überbetriebliche Ausbildungsstätten gefördert werden. Auch die Europatauglichkeit der beruflichen Ausbildung in Deutschland soll verbessert werden.

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/12665 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP**

Zu Nummer 2

Die Bundesregierung wird aufgefordert, überbetriebliche Ausbildungsstätten auszubauen und dadurch in Verbindung mit Betrieben und Berufsschulen mehr Arbeitsplätze nach dem dualen Prinzip einzurichten. Dies ermöglicht es auch kleinen und spezialisierten Unternehmen sich in stärkerem Maße an der Ausbildung zu beteiligen. Durch die Umsetzung des Konzepts DualPlus wird eine Neustrukturierung der Berufsbildung mit bundesweit anerkannten Modulen vorgenommen, so dass zukünftig jede Qualifizierungsmaßnahme angerechnet werden kann. Darüber hinaus wird dadurch die Möglichkeit geschaffen, leistungsschwachen Jugendlichen mit speziellen Fördermaßnahmen zu helfen.

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/12680 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/12665;

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/12680.

**D. Kosten**

Wurden zu Nummer 1 nicht erörtert.

In Bezug auf Nummer 2 sollen die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die derzeit für das Übergangssystem und den Ausbildungsbonus verwendet werden.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/12665 abzulehnen;
2. den Antrag auf Drucksache 16/12680 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2009

### **Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**Ulla Burchardt**  
Vorsitzende

**Uwe Schummer**  
Berichterstatter

**Willi Brase**  
Berichterstatter

**Patrick Meinhardt**  
Berichterstatter

**Volker Schneider (Saarbrücken)**  
Berichterstatter

**Priska Hinz (Herborn)**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Uwe Schummer, Willi Brase, Patrick Meinhardt, Volker Schneider (Saarbrücken) und Priska Hinz (Herborn)

### I. Überweisung

Zu Nummer 1

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/12665** in seiner 217. Sitzung am 23. April 2009 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 2

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/12680** ebenfalls in seiner 217. Sitzung am 23. April 2009 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Die **Fraktion der FDP** erklärt, dass die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge entgegen dem bisherigen Trend in den nächsten Jahren sinken werde. Grund hierfür seien die Unterqualifizierung und sinkende Zahl der Bewerber sowie die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise. Die Sicherung des für Deutschland so wichtigen Fachkräftenachwuchses sei dadurch gefährdet.

Das berufliche Ausbildungssystem müsse diesen Herausforderungen durch eine Anpassung gerecht werden. Grundsätzlich müsse die Praxisorientierung des in Deutschland erfolgreichen Systems der dualen Ausbildung gefördert werden. Durch die Beibehaltung des Berufsprinzips werde berufliche Qualifikation auf allerhöchstem Standard garantiert.

Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung deshalb auffordern, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Die schulische Ausbildung solle evaluiert werden und eine stärkere Berufsorientierung erhalten.
- Das Duale System solle durch die stärkere Praxisorientierung der Förderangebote im Übergangssystem und der weitergehenden Ausbildung gestärkt werden.
- Die Abschlussprüfungen müssten bundesweit einheitlich geregelt werden.
- Das Ausbildungssystem sei im Hinblick auf eine vielfältige Ausbildungspalette und eine enge Verzahnung zwischen den einzelnen Ausbildungssystemen auszubauen.
- Die Berufswahlberatung habe unabhängig von geschlechtsspezifischen Stereotypen zu erfolgen.

- Überbetriebliche Bildungszentren müssten gefördert werden.
- Im europäischen Kontext müsse das deutsche Berufsausbildungssystem bei der Umsetzung des EQF und des ECVET bestmöglich positioniert werden.

Zu Nummer 2

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt, dass die Zahl der besetzten Ausbildungsplätze rückläufig sei. Besonders Jugendliche mit einer geringen Qualifizierung müssten deshalb an Übergangsmaßnahmen teilnehmen. Diese seien jedoch nicht praxisorientiert und fänden keine Akzeptanz bei den Betrieben. Gleichzeitig würden dem zukünftigen Arbeitsmarkt die dringend benötigten Fachkräfte entzogen. Die aktuelle Wirtschaftskrise verstärke diese Probleme.

Eine Verbesserung des Übergangs von der schulischen in die berufliche Ausbildung sei daher dringend erforderlich.

Der Deutsche Bundestag müsse die Bundesregierung auffordern, eine Anpassung des Ausbildungssystems vorzunehmen. Die Duale Ausbildung müsse neben der gleichwertigen vollschulischen Ausbildung um das DualPlus-System ergänzt werden. Hierfür müssten überbetriebliche Ausbildungsstätten geschaffen werden, die neben den Betrieben und Berufsschulen zu einem dritten Lernort würden. Die Auszubildenden lernten nach dem Dualen System, das Berufsprinzip bleibe somit gewahrt und auch spezialisierte und kleinere Unternehmen könnten stärker an der Ausbildung beteiligt werden.

Weiterhin müsse eine Neustrukturierung dahingehend stattfinden, dass bundesweit anerkannte Module eingeführt würden. Durch die Integration aller bestehenden Maßnahmen des Übergangssystems käme es zu einer Vereinheitlichung. Die Anrechnung der absolvierten Module werde sowohl den Übergang von der schulischen in die berufliche als auch den Übergang von der beruflichen in die akademische Ausbildung fördern. Am Ende der Ausbildung müsse weiterhin eine zentrale Abschlussprüfung stehen.

Für leistungsschwache Jugendliche könne an den überbetrieblichen Ausbildungsstätten spezielle Förderkurse angeboten werden. Ergänzend solle eine frühzeitige Berufswahlorientierung eingeführt werden.

Darüber hinaus müssten Produktionsschulen für Schulabbrecher eingerichtet werden. Hier könne der Schulabschluss nachgeholt und der Einstieg ins Berufsleben ermöglicht werden.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der mitberatende **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stim-

men der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/12665 abzulehnen.

Zu Nummer 2

Der mitberatende **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** sowie der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/12680 abzulehnen.

#### IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat am 9. Februar 2009 eine öffentliche Anhörung zum Thema „Zweiter Nationaler Bildungsbericht“ mit den nachfolgend aufgeführten Sachverständigen durchgeführt:

Prof. Jutta Allmendinger  
Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, Berlin

Prof. Dr. Martin Baethge  
Soziologisches Forschungsinstitut, Göttingen

Prof. Dr. Hans Döbert  
Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Berlin

Dr. phil. Ludwig Eckinger  
Verband Bildung und Erziehung e. V., Berlin

Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser  
Zentralverband des Deutschen Handwerks, Berlin

Dr. Hans-Peter Klös  
Institut der deutschen Wirtschaft, Köln

StS Dr. Wolfgang Meyer-Hesemann  
Kultusministerkonferenz, Bonn

Ulrich Thöne  
GEW-Hauptvorstand, Frankfurt/Main

Lena Ulbricht  
Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, Berlin

Prof. Dr. Reinhold Weiß  
Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Bonn.

Der Ausschuss hat die Vorlagen in seiner 90. Sitzung am 1. Juli 2009 in Verbindung mit der Unterrichtung durch die Bundesregierung „Nationaler Bildungsbericht 2008 – Bildung in Deutschland und Stellungnahme der Bundesregierung“ auf Drucksache 16/10206 sowie den „Berufsbildungsbericht 2009“ auf Drucksache 16/12640 beraten.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** empfiehlt:

Zu Nummer 1

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/12665 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/12680 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird erklärt, dass sich der zweite Bildungsbericht auf die Übergänge von der allgemeinen Bildung in die berufliche Qualifizierung, von der Berufsausbildung in die berufliche Tätigkeit und das lebenslange Lernen beziehe. Der Bericht zeige insgesamt die Leistungen der Großen Koalition im Bildungsbereich auf. In vielen Bundesländern habe eine vorschulische Förderung mit früher Sprachstandsüberprüfung stattgefunden, denn Bildungschancen und Integration seien nur mit entsprechenden Sprachkenntnissen möglich.

Die Fraktion der CDU/CSU weist auf eine verbesserte Ausbildungsmotivation hin. Bereits einige Jahre vor Beendigung der schulischen Laufbahn finde eine berufliche Orientierung über die Arbeitsagenturen und über Projekte, die die Wirtschaft und Schule zusammenbrächten, statt. Das flächendeckende Instrument der Berufseinstiegsbegleiter sei aufgrund seiner Effizienz hervorzuheben.

Die nationale Bildungskonferenz verzahne verschiedene Bildungsaktivitäten und sollte eine ständige Einrichtung in der deutschen Bildungspolitik werden.

Der Berufsbildungsbericht weise auf einen Rückgang der Schülerzahlen hin. Der Quartalsvergleich der Arbeitsagenturen habe ergeben, dass die Zahl der potenziellen Auszubildenden um 77 000 sinken werde. Dieser demografische Trend werde weiter zunehmen. Rein rechnerisch gebe es einen Ausbildungsplatzüberschuss, doch tatsächlich stehe man immer noch vor der Zahl von 320 000 Altbewerbern.

Im Hinblick auf die globale Weltwirtschaftskrise müsse ein Schutzschirm für die Auszubildenden gespannt werden. Der Ausbildungsbonus sei unbürokratisch auf Auszubildende in Insolvenzbetrieben ausgeweitet worden. Es müsse sichergestellt werden, dass Auszubildende aus Insolvenzbetrieben an andere Betriebe weitervermittelt würden oder ihre Ausbildung in überbetrieblichen Ausbildungsstätten mit einer Kammerprüfung beenden könnten.

Es wird betont, dass die wirksamen Instrumente auch bei den kleinen und mittleren Unternehmen ankommen müssten. Gerade bei dort sei mehr Aufklärungsarbeit notwendig. Im Rahmen des Konjunkturpaketes sollten die Angebote für die kommunalen Investitionen auch danach bemessen werden, ob ein Betrieb ausbilde. Darüber hinaus müssten die Kammern die Prüfungsgebühren auf alle Betriebe umlegen, damit die Ausbildungsbetriebe nicht benachteiligt würden.

Am Antrag der Fraktion der FDP werde bemängelt, dass die vollzeitschulischen Berufsbildungsgänge verringert werden sollten. Im Berufsbildungsgesetz seien diese ohnehin bis zum Jahr 2011 befristet. In der Zeit der geburtenstarken Jahrgänge solle dieses Mittel entsprechend subsidiär wirken. Im Rahmen der Vielzahl der Altbewerber und der globalen Wirtschaftskrise sei dieses Instrument aber sinnvoll. Zwar müsse es eine möglichst hohe betriebliche Ausbildung geben, die nötige außerbetriebliche Ausbildung müsse aber daneben bestehen.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wolle das BBiG dahingehend ändern, dass überbetriebliche Ausbildungsstätten eine vollschulische Ausbildung vornehmen könnten. Die Fraktion der CDU/CSU ist der Meinung, dass die überbetrieblichen Ausbildungsstätten die betriebliche Ausbildung nur subsidiär ergänzen sollten.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird ausgeführt, dass der Berufsbildungsbericht und der Nationale Bildungsbericht einen sehr guten Überblick über die Lage der Bildung in Deutschland geben würden.

In Deutschland gebe es einen hohen Anteil von jungen Leuten ohne Hauptschulabschluss. Mit dem Schulstarterpaket sollte Jugendlichen mit einem schwierigen sozialen Hintergrund Bildungschancen eröffnet werden. Ziel müsse es sein, dass jeder dieser Jugendlichen einen Hauptschulabschluss erlangen könne.

Es wird auf das Problem hingewiesen, dass viele junge Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren noch keinen Berufsabschluss erlangt hätten. Diese Situation werde durch die demografische Entwicklung noch verstärkt. Die SPD-Fraktion wolle deshalb einen Anspruch auf einen Berufsabschluss oder eine zweite Chance durchsetzen. Für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands sei dies dringend notwendig.

Die Fraktion der SPD regt an, die Reform des Übergangssystems nach den Ergebnissen beider Berichte zu überdenken. Sie bewerte aber die Berufseinstiegsberater positiv. Die ausbildungsbegleitenden Hilfen müssten aber vor Ort bekannter gemacht und die berufsvorbereitenden Maßnahmen Zug um Zug eingegrenzt werden. Stattdessen sei es sinnvoll, das Instrument der Einstiegsqualifizierung dahingehend zu reformieren, dass Missbräuche verhindert und die Maßnahmen noch zielgenauer auf die darauf folgenden Berufsausbildungswege ausgelegt würden.

Aktuell würden 600 000 Ausbildungsplätze gebraucht. Ein Teil dieser Plätze würde öffentlich mitfinanziert. In diesem Zusammenhang solle der Ausbildungsbonus auch dazu dienen, Altbewerber und Auszubildende aus Insolvenzbetrieben zu fördern.

Die BBiG-Reform aus dem Jahr 2005 wird von der SPD-Fraktion als richtig gewertet. Neben der quantitativen Versorgung müsse die Frage nach der Qualität eine immer größere Rolle spielen. Es werde auch befürwortet, die Umsetzung und Verbesserung der Qualität der Dualen Ausbildung auch den Landesausschüssen und den ordentlichen Berufsbildungsausschüssen als zusätzliche Aufgabe mit auf den Weg zu geben.

Die Modernisierung der Ausbildungsordnung sei weiter vorangetrieben worden. Zum Beispiel seien weitere Berufsbilder geschaffen worden. Der Bildungsbereich spiele als Innovationsbereich eine wichtige Rolle für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft.

Von Seiten der Fraktion der SPD wird Stellung zu den vorliegenden Anträgen genommen. Der Antrag der FDP-Fraktion werde positiv zur Kenntnis genommen. Die überbetrieblichen Ausbildungssysteme sollten aber nicht als Ersatz betrieblicher Ausbildung gesehen werden. Die SPD-Fraktion werde aber beiden Anträgen nicht zustimmen.

Das BIBB habe darauf hingewiesen, dass sich die Interessenlage der Jugendlichen in Bezug auf deren Berufswünsche stetig verändere. Neue Berufe wie beispielsweise im kreativen Bereich stiegen in ihrer Gunst. Die „Hitlisten“ angestrebter Berufe müssten daher in Zukunft modifiziert werden.

Die **Fraktion der FDP** führt aus, dass Bildungsforschung eine genuine Aufgabe des Bundes sei. Der Bildungsbericht sowie der Berufsbildungsbericht seien bereits deshalb so wichtig, weil sie Themen und Bereiche aus der Bildung wie z. B. das Thema „Übergänge“ widerspiegeln, die für die Arbeit der Bildungspolitik von großer Bedeutung seien. In Zukunft sei es wichtig, Fragen der Lehrerbildung, die Frage von Schulen in freier Trägerschaft sowie die Frage der Eigenverantwortlichkeit von Schulen in den Ländern in die Berichterstattung mit aufzunehmen. Bei dem vorliegenden Bildungsbericht sei positiv hervorzuheben, dass die frühkindliche Bildung verstärkt in den Fokus gerückt werde. Hier zeige sich, insbesondere, was den Bereich der Sprachstandsdiagnosen und der individuellen Förderungen im Anschluss betreffe, noch ein erheblicher Handlungsbedarf, obwohl positive Tendenzen zu erkennen seien.

Nicht positiv sondern eher kritisch sei im Gegensatz zur CDU/CSU-Fraktion der sog. Bildungsgipfel im Herbst zu bewerten. Die dort beschlossene Konferenz der Ministerpräsidenten für Bildungsfragen, die neben der Kultusministerkonferenz eingerichtet worden sei, sei fragwürdig. Dass darüber hinaus noch eine Strategiegruppe eingesetzt werde, die ihre Ergebnisse drei Wochen nach der Bundestagswahl vorlegen solle, zeige die hinter diesen Beschlüssen steckende Strategie, die nicht positiv zu bewerten sei.

Ein Schwerpunkt des Berufsbildungsberichts sei ferner die berufliche Weiterbildung. Es sei das politische Ziel, zu einer Weiterbildungsquote von 50 Prozent zu kommen. Die FDP-Fraktion warne aber davor, pauschal solche Zielmarken zu setzen. So bestünde bei der Altersgruppe der 50 bis 64-Jährigen und bei den Menschen mit niedrigen Schulabschlüssen und mit Migrationshintergrund eine Weiterbildungsquote von nur 34 Prozent. Es müsse daher das politische Ziel sein, gerade bei solchen Gruppen einen erheblichen Förderungsbedarf anzusetzen.

Weiterhin zeige der Bericht, dass es immer noch die hohe Zahl von 1,54 Millionen junger Menschen bis 29 Jahre gebe, die keinen Berufsabschluss hätten. Auch verließen jedes Jahr 80 000 Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Hauptschulabschluss. Hier zeige sich, dass die Übergänge und Durchlässigkeit zwischen den Bildungsformen von großer politischer Wichtigkeit seien.

Der Berufsbildungsbericht zeige, dass das Ziel von 616 000 Ausbildungsverträgen im letzten Jahr nur durch eine deutliche Steigerung der außerbetrieblichen Ausbildung und durch die Zurverfügungstellung von 28 000 Ausbildungsplätzen aus denjenigen Ländern erreicht worden sei, die bereits über einen sinnvollen, intelligent organisierten Ausbildungsbonus verfügten. Wenn man in diesem Zusammenhang sehe, dass der Bundesausbildungsbonus mehr Geld verbräuche als die Länderausbildungsboni, aber nach sechs Monaten nur 13,5 Prozent von dem Ziel erreiche, das gesetzt worden sei, dann halte das die FDP-Fraktion nicht für einen Erfolg des Bundes. Es sei im Übrigen gut, wenn denjenigen Auszubildenden, die in einem insolventen Betrieb

ausgebildet würden, Hilfsmöglichkeiten geboten würden. Allerdings sei es nicht richtig, die Mittel hierfür aus dem Ausbildungsbonus zu entnehmen. Zwar sei dies von Anfang an ein integraler Bestandteil des Konzeptes gewesen, aber jetzt würde der Ausbildungsbonus in erster Linie dafür benutzt. Nicht allein dies zeige die Unsinnigkeit der öffentlichen politischen Diskussion über die Zahl von 600 000 Ausbildungsverträgen, besonders wenn man sehe, auf welche Weise die Zahl zustande gekommen sei.

Zum Thema „Altbewerber“ müsse festgestellt werden, dass es sich dabei noch immer um eine erschreckend hohe Zahl handele. Da diese Gruppe sehr heterogen sei, sei es auch angesichts des Rückgangs der absoluten Anzahl von Altbewerbern für die politische Arbeit wichtig, aus der Berufsbildungsberichterstattung zu erfahren, welche Menschen entweder auf Grund schulischer oder auf Grund sonstiger Umfeldsituationen ein wirkliches Vermittlungsproblem hätten. Die FDP-Fraktion werde dieses Thema auch in der nächsten Wahlperiode weiter verfolgen.

Nach Ansicht der **Fraktion DIE LINKE**, sei es das gute Recht der Bundesregierung, in einem solchen Bericht die Erfolge ihrer Politik herauszustellen, aber es sei auch die Pflicht, sehr genau die Schwachstellen im Auge zu behalten und entsprechende Maßnahmen zu benennen, die zur Beseitigung dieser Schwachstellen ergriffen werden müssten.

Was die Analyse betreffe, so finde man in dem Bericht eine Reihe von Daten, die Grund zum Nachdenken geben sollten, wie z. B. eine erschreckend hohe Zahl von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss. Weiterhin gebe es eine genauso hohe Zahl von jungen Menschen, die in einem Übergangssystem landeten, wie in der Dualen Ausbildung. Die Studienanfängerquote bleibe weiterhin hinter den Zielvorgaben zurück, und die Weiterbildungsbeteiligung stagniere auf einem erschreckend niedrigen Niveau.

Man müsse sich zu Recht vorwerfen lassen, dass das Bildungssystem in vielen Bereichen Weltmeister der sozialen Auslese sei. Auf jeden aufwärtsgerichteten Wechsel kämen fünf Abwärtswechsel in niedriger qualifizierende Schularten. Weiterhin werde die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft von Jahr zu Jahr einseitiger. Ein direkter Übergang aus der Berufsausbildung in die Hochschulen sei – trotz aller Absichtsbekundungen – nach wie vor kaum möglich. Gering qualifizierte und ältere Menschen kämen in der Weiterbildung nur ungenügend zum Zuge. Der Anteil der Bildungsausgaben am BIP sei rückläufig. Man müsse sich wünschen, dass aus diesen Punkten auch die entsprechenden Konsequenzen gezogen würden. Die Fraktion **DIE LINKE** könne aber leider – bis auf eine Ausnahme – in diesem Bericht lediglich feststellen, dass dort bereits lange vorhandene Maßnahmen aufgezählt würden. Man frage sich aber, warum diese Maßnahmen bislang nicht dazu geführt hätten, dass es zu einer Besserung in diesen Bereichen gekommen sei.

Ähnlich stelle sich auch die Situation im Berufsbildungsbericht dar. Es herrsche ein unglaublich optimistischer Grundton in diesem Bericht. Obwohl auch dort herauszulesen sei, dass eine große Zahl von Jugendlichen ihr bevorzugtes Ausbildungsziel nicht verwirklichen könne und fast 80 Prozent der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss im Übergangssystem lande. Die Ausbildungslosigkeit verharre stabil bei 15 Prozent. 1,5 Millionen der 20 bis 29-Jährigen

hätten keine abgeschlossene Berufsausbildung. Besonders betroffen seien Jugendliche mit Migrationshintergrund. Diese bräuchten bis zu 17 Monaten, bis sie einen Ausbildungsplatz fänden und landeten dann ganz überwiegend im Übergangssystem.

Erschreckend seien auch die Hinweise zur Weiterbildung. Auch von den Unternehmen werde zunehmend weniger Geld pro Teilnahme stunde aufgewendet. Dass die Bundesagentur für Arbeit in diesem Bereich spare, sei bereits bekannt. Die Fraktion **DIE LINKE** hätte sich gewünscht, die FDP-Fraktion hätte aus dem Bericht die Zahl von 600 000 Ausbildungsplätzen herausgelesen. Dies sei die Zahl, die es zu halten gelte, um wenigstens auf dem Niveau des Vorjahres zu bleiben. Wenn der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie an dieser Stelle erkläre, die Schaffung von 580 000 Ausbildungsplätzen sei ein weitsichtiges und verantwortungsbewusstes Ausbildungsverhalten, so habe man Probleme, dies zu akzeptieren. Es enttäusche auch, wenn die Bundesbildungsministerin sich ebenfalls vor dieser Zahl drücke und lediglich erkläre, die Wirtschaft insgesamt solle ihre Anstrengungen im Ausbildungsbereich noch einmal steigern. Wer jetzt nachlasse, dem würden morgen Fachkräfte fehlen. Dies sei der Fraktion **DIE LINKE** zu wenig.

Was die beiden Anträge zu diesen Bereichen betreffe, so falle auf, dass im Antrag der FDP-Fraktion keine Maßnahmen vorkämen, die mit dem Ziel verbunden seien, dass es mehr Ausbildungsplätze gäbe. Stattdessen lese man die immer gleiche Geschichte von Jugendlichen, die zunehmend weniger geeignet seien für die Ausbildung. Man befürchte daher, dass man in der nächsten Legislaturperiode mit einem massiven Anstieg an so genannten ausbildungsunfähigen Jugendlichen zu rechnen habe. Dabei sei die Frage zu stellen, ob dies auch der Wahrheit entspreche. Wer die neueste Untersuchung des BIBB gelesen habe, könne feststellen, dass unter diesen 1,5 Millionen Jugendlichen inzwischen über 530 000 seien, die mit einem Notendurchschnitt von besser als 3,0 die Schule verlassen hätten. Die Fraktion **DIE LINKE** habe Schwierigkeiten sich vorzustellen, ab welchem Notendurchschnitt man unter diesen Voraussetzungen tatsächlich in Deutschland noch geeignet sei, eine Ausbildung aufzunehmen. Ein Positives billige man der FDP-Fraktion zu: Natürlich stehe auch die Fraktion **DIE LINKE** zu einer besseren Verzahnung von Aus- und Weiterbildung sowie von beruflicher und akademischer Weiterbildung. Dies sei aber zu wenig, um dem Antrag zuzustimmen.

Was den Antrag der Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** anbelange, so müsse man feststellen, überbetriebliche Ausbildungsstätten seien für die Fraktion **DIE LINKE** die ultima ratio. Insbesondere in der Form, wie sie hier genannt würden, seien sie allein deshalb keine ultima ratio, weil viel zu wenig darüber in dem Antrag stehe, wie man eine notwendige Verzahnung von betrieblicher Praxis und überbetrieblicher Ausbildung realisieren könne. Weiterhin sei nicht zu ersehen, wie die Wirtschaft in diesem Bereich stärker in die Verantwortung einbezogen werden könne, in dem auch sie an dieser Stelle mehr für die Finanzierung von Ausbildung beitrage. Dass die Kammerbeiträge für die ausbildenden Betriebe gesenkt werden sollten, könne man nur befürworten, wenn man gleichzeitig die Beiträge für die nicht ausbildenden Betriebe erhöhe. Unter dem Aspekt, dass

aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. die Ganzheitlichkeit der Ausbildung mit diesem Konzept stark unter die Räder kommen würde, müsse man auch diesen Antrag ablehnen.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird betont, dass der nationale Bildungsbericht deutlich die offenen Probleme im Ausbildungssystem im Allgemeinen und im beruflichen Ausbildungssystem im Besonderen aufgezeigt habe. Das Übergangssystem sei zu groß; viele Jugendliche nähmen anschließend keine Ausbildung auf, sondern müssten in irgendeiner Form eine Berufstätigkeit wahrnehmen. Die erschreckend große Zahl von 1,5 Millionen junger Menschen ohne Berufsabschluss tauche dann in der Studie auf. Die Bundesregierung könne sich vor diesem Hintergrund nicht dahinter verstecken, dass die Quote der Jugendarbeitslosigkeit nicht so hoch sei wie in anderen europäischen Ländern. Es gehe nicht nur um Jugendarbeitslosigkeit, sondern darum, ob Jugendliche auch qualifiziert seien und eine qualifizierte Tätigkeit aufnehmen könnten. Es gebe sehr viele Altbewerber, die unter Umständen durch lange Warteschleifen, die nicht aufeinander abgestimmt seien, disqualifiziert würden.

Aus Sicht der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN könne man diese Probleme nur lösen, in dem man das Berufsbildungssystem verändere. Der dazu eingebrachte eigene Antrag sei der beste Vorschlag, der in dieser Wahlperiode von einer Fraktion gemacht worden sei. Die Große Koalition habe mit einem Flickenteppich von Maßnahmen nicht angemessen auf die Lage reagiert. Der Ausbildungsbonus sei das letzte erfolglose Beispiel. Die Betriebe kritisierten selbst, dass der Bonus ihnen nichts nutze, weil die Jugendlichen damit nicht besser qualifiziert würden, sie keine Berufseinstiegsbegleitung in Anspruch nehmen könnten, ihre Qualifikationen nicht anerkannt würden und auch keine zusätzlichen Ausbildungsplätze geschaffen würden.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei sich mit vielen der Fraktionen im Ausschuss darin einig, dass natürlich das Schulsystem, die Berufsorientierung in den Schulen und auch die Berufswahlorientierung sehr stark verbessert werden müssten. Das Konzept der Produktionsschulen werde immer noch als das erfolversprechendste angesehen, weil in diesen Produktionsschulen sehr praxisnah qualifiziert werde und beim Übergang in die Berufsausbildung keine Qualifikationen verloren gingen. Im Gegenteil bestünde die Chance, den Hauptschulabschluss oder einen ersten Schulabschluss in diesen Produktionsschulen nachzuholen.

Man habe das Konzept „DualPlus“ vorgeschlagen, weil es nicht nur zu mehr Ausbildungsplätzen in neuen Berufsfeldern auf dem Markt führe, sondern es werde den Betrieben auch ein Teil der Berufsausbildung durch überbetriebliche Einrichtungen abgenommen. Den Einwürfen, es solle irgendetwas ersetzt werden, wird widersprochen. Schon jetzt gebe es überbetriebliche Einrichtungen, die von den Betrieben auch genutzt würden. Das Angebot müsste noch ausgeweitet werden, damit mehr Betriebe mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen können in enger Verzahnung mit den überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen. Es wird erklärt, dass dieses Konzept durchaus auch auf wohlwollende Zustimmung vor Ort bei den Kammerbetrieben und bei den Kammern führe.

Die vollschulische Berufsausbildung und die anschließende Kammerprüfung sei solange notwendig, so lange die Be-

triebe trotz des hohen Lides auf die Duale Ausbildung nicht genügend Ausbildungsplätze bereitstellten. Man könne nicht den Jugendlichen eine fehlende Struktur und ein fehlendes Angebot anlasten.

Der nächste Bundestag werde sich umgehend damit auseinandersetzen müssen, wie man diese Maßnahme über 2011 weiter fortführt, denn dann kämen die doppelten Jahrgänge aus den Schulen. Die vollschulischen Berufsausbildungsgänge würden weiterhin benötigt und man müsse Vorsorge tragen, dass diese Ausbildungsgänge so qualifiziert seien, dass die Jugendlichen die Kammerprüfung auch bestünden.

Es werde sehr bedauert, dass die Bundesregierung nicht in der Lage gewesen sei, eine einheitliche Regelung herbeizuführen. Sie habe mindestens die Zahl von 600 000 durchsetzen müssen. Es wird auf Aussagen in den letzten Jahren verwiesen, „wir geben allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz, die ausbildungswillig und -fähig sind“, und dann werde behauptet, dass viele Jugendliche es nicht wären.

Es werde außerordentlich bedauert, dass in der Debatte um den Ausbildungspakt zwar der Wirtschafts- und der Arbeitsminister eine Rolle gespielt hätten, jedoch die zuständige Bildungsministerin Annette Schavan nicht wahrnehmbar gewesen sei.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert ein konjunkturunabhängig funktionierendes Ausbildungssystem. Dazu habe man mit dem vorliegenden Antrag einen Beitrag geleistet. Es werde erwartet, dass der neue Bundestag in der 17. Wahlperiode einen neuen Anlauf nehme und in veränderter Konstellation Vieles von dem heute Geforderten umsetzen könne.

Der Abgeordnete Jörg Tauss (fraktionslos) geht als beratendes Mitglied im Ausschuss auf die Ausführungen der Fraktion der CDU/CSU ein. Die Regelung der Umlage der Gebühren auf alle Betriebe, auch auf die, die nicht ausbildeten, sei jahrelang auch am Widerstand der Union gescheitert. Dies sei eine interessante Frage im Hinblick auf die Wahlen des neuen Bundestages im Herbst.

Zu der Berichterstattung der Fraktion der FDP wird angemerkt, dass sie offensichtlich nicht zuversichtlich sei, drei Wochen nach der Wahl etwas gestalten zu können. Dies sei kein optimistisches Zeichen für eine schwarz-gelbe Koalition.

Der Abgeordnete Jörg Tauss weist zum Thema „Ausbildungseignung“ darauf hin, dass in den Zeiten des Wirtschaftsbooms in den 60er-Jahren alle einen Ausbildungsplatz bekommen hätten. Und schon 1974, als die Konjunktur eingebrochen sei, habe man plötzlich darüber diskutiert, dass die Jugendlichen nicht mehr qualifiziert genug seien, um einen Ausbildungsplatz einzunehmen. Es werde zu wenig Gebrauch von der sozial-pädagogischen Begleitung der Auszubildenden gemacht.

Von Seiten der **Bundesregierung** wird ausgeführt, dass die beiden nationalen Bildungsberichte in diesem Ausschuss behandelt worden seien. Mit dem Nationalen Bildungsbericht, der von dem BMBF gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz herausgegeben werde, gebe es zum ersten Mal eine umfassende Diagnose über alle zentralen Stationen des nationalen Bildungsweges.

Die beiden Schwerpunktthemen „Migranten“ und „Übergänge“ hätten wesentliche Impulse – sogar über die rein bildungspolitische Debatte hinaus – gegeben. Im Zusammenhang mit dem ersten Nationalen Bildungsbericht sei zum ersten Mal überhaupt eine Erfassung des Migrantenanteils in der deutschen Bevölkerung erfolgt. Der Anteil liege in etwa bei 20 Prozent.

Bei den Schulabgängern ohne Abschluss habe es erste beachtliche Erfolge gegeben. Während es im Jahr 2006 noch 76 000 Jugendliche ohne Abschluss gegeben habe, sei diese Zahl im Jahr 2007 auf 70 000 gesunken. Durch die Maßnahmen des Bundes könne diese Zahl weiter sinken.

Das Berufsorientierungsprogramm des Bundes, das auf die Schnittstelle zwischen Schulabschluss im Hauptschulbereich und Vermittlung einer Berufsausbildung ziele, habe nach 15 Monaten bereits über 50 000 Schüler bundesweit erfasst.

Für die 1,5 Millionen jungen Menschen, die bis zu ihrem 29. Lebensjahr noch keinen Berufsabschluss hätten, seien ebenfalls Maßnahmen getroffen worden. Das Thema sei ein Schwerpunkt des Bildungsgipfels in Dresden gewesen. Der Nationale Bildungsbericht 2010 werde daraufhin bessere Zahlen vorweisen.

Für Altbewerber sei das zusätzliche Programm „JOB-STARTER CONNECT“ in diesem Jahr gestartet worden. In Hinblick auf das Meister-BAföG trete an diesem Tag eine Gesetzes-Novelle in Kraft. Es seien wesentliche Impulse für den Aufstieg durch Bildung gesetzt worden. Es gebe Aufstiegsstipendien, um den Übergang für beruflich qualifizierte in die Hochschulausbildung zu erleichtern. 3 000 Menschen würden die Chance erhalten, sich eine berufsbegleitende Hochschulausbildung leisten zu können. Vor zwei Monaten habe es eine wesentliche Entscheidung der Kultusministerkonferenz in Stralsund gegeben, bei der ein allgemeiner Hochschulzugang für Meister, Techniker und andere mit einer Aufstiegsfortbildung sowie ein fachspezifi-

scher Hochschulzugang für diejenigen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung und mindestens drei Jahren Berufsqualifikation beschlossen worden seien.

Das in diesem Frühjahr abgeschlossene ANKOM-Projekt ermögliche die Anrechnung von erworbenen Qualifikationen im Bereich der beruflichen Bildung auf eine Hochschulausbildung für mehrere dutzend Ausbildungsgänge.

In dem Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009 von der Bundesagentur für Arbeit und vom Bundesinstitut für Berufsbildung werde eine umfassende Analyse der Chancen von Altbewerberinnen und Altbewerbern gegeben. In den kommenden Berichten werde diese Analyse weitergeführt.

Der Altbewerberbonus sei sinnvoll. Im Rahmen des JOB-STARTER-Projekts würden 32 000 Jugendliche auf diesem Wege einen Ausbildungsplatz erhalten. Rund 14 000 Jugendliche hätten nach einem drei Viertel Jahr über den Altbewerberbonus einen Ausbildungsplatz erhalten. Über 20 000 junge Menschen hätten in den neuen Bundesländern über das Sonderprogramm für die neuen Länder einen Ausbildungsplatz bekommen.

Bei den Zielen mit den Paktpartnern dürfe die regionale Ebene nicht vergessen werden. Es müssten mehr Ausbildungsplätze als Bewerber in den jeweiligen Regionen vorhanden sein.

Zum Thema „Strategiegruppe nach dem Bildungsgipfel in Dresden“: Das Herzstück der Vereinbarung zur Umsetzung der 10-Prozent-Marke für Bildung und Forschung seien die drei Pakte – der Hochschulpakt, die Exzellenzinitiative und der Pakt für Forschung und Innovation. Alle Pakte seien Anfang Juni mit den Finanzbeträgen mit einem Volumen von 18 Mrd. Euro beschlossen worden.

Im Bereich der Diagnostik habe die Bundesregierung in dieser Wahlperiode neben dem Nationalen Bildungsbericht und dem Berufsbildungsbericht das Nationale Bildungs-Panel auf den Weg gebracht.

Berlin, den 1. Juli 2009

**Uwe Schummer**  
Berichterstatter

**Willi Brase**  
Berichterstatter

**Patrick Meinhardt**  
Berichterstatter

**Volker Schneider (Saarbrücken)**  
Berichterstatter

**Priska Hinz (Herborn)**  
Berichterstatterin





